

S a m m l u n g

der

Statuten der Stadt Braunschweig.

№ 15.

Straßenbaustatut für die Stadt Braunschweig vom 12.
Juli 1900.

(Bekannt gemacht am 23. Juli 1900).

Auf Grund des §. 13 des Gesetzes betr. Bauordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 13. März 1899 wird mit Genehmigung der Stadtverordneten das nachstehende Statut erlassen:

§. 1.

Allgemeines.

Die Stadt ist befugt, bestimmte innerhalb des Gebietes des Baugrundes belegene und in den Ortsbauplan aufgenommene Straßen und Plätze zu „Ortsstraßen“ bzw. „Ortplätzen“ zu erklären. Die Erklärung erfolgt durch übereinstimmenden Beschluß der städtischen Behörden, der durch Bekanntmachung in den Braunschweigischen Anzeigen zur öffentlichen Kenntniß zu bringen ist.

Alle Straßen und Plätze, auf welche die §§. 7—12 des Ortsbaustatuts vom 27. December 1883 zur Zeit des Erlasses des gegenwärtigen Statuts mit Genehmigung des Herzoglichen Staats-Ministeriums durch entsprechende öffentliche Bekannt-

NZ. 47.3504

(Bekanntmachung: Stat.-Anz. 1900)

machung für anwendbar erklärt sind oder deren Ausbau zu Ortsstraßen und bezw. Ortsplätzen von den städtischen Behörden mit Genehmigung des Herzoglichen Staats-Ministeriums und unter Erlaß einer bezüglichlichen Bekanntmachung beschlossen ist, gelten, soweit sie in den Ortsbauplan aufgenommen sind und innerhalb des Baugrundes liegen, ohne Weiteres als Ortsstraßen und Ortsplätze.

§. 2.

Herstellung der Ortsstraßen und Ortsplätze.

Die Herstellung der Ortsstraßen und Ortsplätze erfolgt in Gemäßheit des Ortsbauplanes.

Darüber, ob eine Ortsstraße bezw. ein Ortsplatz sofort in ganzer Erstreckung oder aber stückweise herzustellen sei, sowie darüber, wann und in welcher Weise die Herstellung der Ortsstraßen und Ortsplätze zu geschehen habe, entscheiden — vorbehaltlich der Vorschrift in §. 11 der Bauordnung — die städtischen Behörden, wobei jedoch, soviel die Art der Herstellung betrifft, folgende Vorschriften zu berücksichtigen sind:

Die Breite der Ortsstraßen soll, soweit nicht z. Bt. des Erlasses dieses Statuts für einzelne Straßen bereits eine geringere Breite festgestellt ist oder künftig im einzelnen Falle mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse festgestellt wird, in der Regel wenigstens 14 m betragen; die Fahrbahnen sollen gepflastert oder chausfirt oder in sonstiger für den Lastverkehr geeigneter Weise befestigt werden; die Fußwege sollen, soweit nicht örtliche Verhältnisse eine andere Einrichtung bedingen, höher liegen als die Fahrbahn, durch Bordsteine eingefast, ordnungsmäßig befestigt und wenn thunlich mit Bäumen bepflanzt werden.

Die Ortsstraßen sind in der Regel vor dem oberirdischen Ausbau mit Gas- und Wasserröhren sowie Abzugscanälen zu versehen, und die Fußwege und Fahrbahnen so anzulegen und mit Einfallschächten zu versehen, daß das Himmelswasser ungehindert abfließen kann. Die Ortsplätze sollen entweder ordnungsmäßig befestigt oder als Rasenplätze, Parkanlagen oder dergleichen hergerichtet werden; für ordnungsmäßige Entwässerung ist Sorge zu tragen; an ihren Außenseiten sind in der Regel Ortsstraßen anzulegen.

§. 3.

Verpflichtung der Stadt.

Die Kosten der Herstellung der Ortsstraßen und Ortsplätze fallen, soweit nicht in den nachfolgenden Vorschriften etwas anderes bestimmt ist, der Stadt zur Last.

§. 4.

Beiträge der Anlieger.

Zu den nach §. 3 der Stadt zur Last fallenden Kosten sind von den Eigenthümern der an die Ortsstraßen und Ortsplätze grenzenden Grundstücke in Gemäßheit der nachfolgenden Vorschriften Beiträge zu leisten:

1. Bei der Herstellung einer neuen oder bei der Verlängerung einer bestehenden Ortsstraße, imgleichen bei der Herstellung eines Ortsplatzes fallen die Kosten der Erwerbung der dazu verwandten Grundflächen und der ersten Einrichtung der Straße bezw. des Platzes den Eigenthümern der angrenzenden Grundstücke, soweit diese nach den Vorschriften der Bauordnung und dieses Statuts beitragspflichtig sind, zur Last. Es macht dabei keinen Unterschied, ob es sich um die Herstellung einer im Ortsbauplane vorgesehenen völlig neuen Straße bezw. eines neuen Platzes oder um die Herstellung eines schon in anderer Eigenschaft vorhandenen Weges bezw. Platzes handelt.

2. Die Beitragspflicht der Anlieger erstreckt sich auf alle Kosten, welche erwachsen:

- a. aus der Erwerbung der zur Herstellung der Straße bezw. des Platzes verwandten Grundflächen einschließlich der Kosten für in Wegfall kommende Bauwerke, imgleichen aus der Abschließung von Verträgen, Durchführung des Enteignungsverfahrens und dergl.;
- b. aus der Herstellung des Erdplanums, der Fahrbahnen und Fußwege, auf die Kosten für letztere jedoch mit der Einschränkung, daß die Stadt die Mehrkosten trägt, welche dadurch erwachsen, daß der auf dem Fußwege herzustellende Belag aus Platten, Mosaik, Asphalt oder dergleichen eine größere Breite als 2 m erhält;

- c. aus der Herstellung der offenen Gassen, der Einfallschächte und deren Anschlüsse an den Straßencanal;
- d. aus der Anpflanzung von Bäumen nebst Zubehör und der Herrichtung gärtnerischer Anlagen;
- e. aus den beim Ausbau der Straße den Anliegern nach §. 12 der Bauordnung zu gewährenden Entschädigungen bezw. den in Gemäßheit jener Vorschrift stadtseitig ausgeführten baulichen Aenderungen der Einzelgrundstücke.

3. Von den vorstehend unter a—e aufgeführten Kosten wird, wenn ein schon in anderer Eigenschaft vorhandener Weg als Ortsstraße hergestellt wird, der Werth der bisherigen Straßenbefestigung in Abzug gebracht.

4. Die Kosten derjenigen Straßentheile, auf welchen sich zwei Straßen kreuzen, sind bei jeder der sich kreuzenden Straßen nach dem Verhältnisse zur Berechnung zu bringen, welches die Breiten der betreffenden Straßen zu einander haben, sofern beide Straßen gleichzeitig hergestellt werden. Andernfalls fallen sie lediglich der zuerst hergestellten Straße mit der Einschränkung zur Last, daß, wenn im Falle der Durchkreuzung einer z. Bt. des Erlasses dieses Statuts vorhandenen Straße durch eine neu herzustellende Veränderungen an der alten Straße erforderlich werden, die hierdurch erwachsenden Kosten den Kosten der neu herzustellenden Straße hinzugerechnet werden. Falls mehr als zwei Straßen bei Kreuzungen in Betracht kommen, soll nach billigem Ermessen unter Zugrundelegung der vorstehenden Bestimmungen verfahren werden.

5. Der Beitragspflicht unterliegen alle an die Ortsstraßen und Ortsplätze grenzenden Grundstücke mit Ausnahme der Grundflächen

- a. der öffentlichen Wege und Plätze (vergl. §. 6 Nr. 3),
- b. der dem öffentlichen Verkehr dienenden Schienen- und sonstigen Wege eines Eisenbahnunternehmens,
- c. des Okerflusses.

6. Beiträge zu den Kosten der Herstellung eines Ortsplatzes werden den angrenzenden Grundstücken nicht zur Last gelegt, wenn zwischen diesen und dem Ortsplatz eine Ortsstraße liegt.

§. 5.

Voraussetzungen der Beitragszahlung.

1. Die Verpflichtung der Eigenthümer der angrenzenden Grundstücke zur Entrichtung der ihnen zur Last fallenden Beiträge tritt ein, wenn die Grundstücke zur Zeit der Herstellung der Ortsstraßen bezw. Ortsplätze bebaut sind; waren sie zu dem angegebenen Zeitpunkte unbebaut, so tritt die Verpflichtung zur Entrichtung des Beitrages ein, sobald sie bebaut werden.

2. Für Eigenthümer von Grundstücken, welche an zur Zeit des Erlasses dieses Statuts bereits hergestellten Ortsstraßen bezw. Ortsplätzen liegen, ohne bislang zu Beiträgen der im §. 4 gedachten Art herangezogen zu sein, erwächst die Verpflichtung zur Entrichtung der Beiträge, wenn die Grundstücke bebaut werden, und falls sie zur Zeit des Erlasses dieses Statuts schon bebaut waren, sobald sie neu bezw. weiter bebaut werden.

3. Zu den im §. 4 erwähnten Beiträgen darf jedes Grundstück bezüglich derselben Straße nur ein Mal herangezogen werden.

4. Als bebaut im Sinne der vorstehenden Bestimmungen gilt jedes Grundstück, auf dem ein Gebäude errichtet ist; das Vorhandensein geringfügiger Bauwerke, wie Garten- und Feldhäuschen, Pavillons, unbedeutender Gerätheschuppen und dergleichen soll jedoch die Beitragspflicht nicht begründen.

5. Besteht ein Grundstück aus mehreren Theilen, die früher selbständige Einzelgrundstücke waren, so gilt dasselbe, auch wenn nicht alle einzelnen Theile bebaut sind, rücksichtlich der Beitragspflicht als einheitlich, wenn oder sobald das Gesamtgrundstück in wirthschaftlicher Zusammengehörigkeit benutzt wird.

Es macht dabei keinen Unterschied, ob die einzelnen Theile des Gesamtgrundstücks im Grundbuche auf verschiedene Grundbuchblätter eingetragen sind, sofern sie nur demselben Eigenthümer gehören.

6. Bei umfangreichen, jedoch nur theilweise bebauten Grundstücken kann der Stadtmagistrat zur Vermeidung von Härten bestimmen, daß vorläufig nur eine bestimmte Theilfläche des Gesamtgrundstücks beitragspflichtig werden, und

die Beitragspflicht des übrigen Grundstücks erst dann begründet werden soll, wenn dieses weiter bebaut wird.

§. 6.

Kostenantheil der einzelnen Grundstücke.

Der Antheil der einzelnen Grundstücke an den Gesamtkosten wird in folgender Weise berechnet:

1. Bei Straßen, welche auf beiden Seiten bebaut werden sollen, fallen die Kosten, sofern die Straßenbreite nicht über 26 m beträgt, den Eigenthümern der angrenzenden Grundstücke im Verhältnisse der Frontlänge jedes Grundstücks zur gesammten Frontlänge der beiderseitigen beitragspflichtigen Grundstücke zur Last; beträgt die Straßenbreite mehr als 26 m, so hat die Mehrkosten die Stadt zu tragen und zwar derartig, daß sich die von der Stadt zu tragenden Kosten zu den Gesamt-Straßenkosten verhalten wie die um 26 m verminderte Straßenbreite zur Gesamt-Straßenbreite.

2. Bei Straßen, welche nur auf einer Seite bebaut werden sollen, werden nur die Eigenthümer der an dieser Straßenseite belegenen Grundstücke und zwar in Gemäßheit der folgenden Vorschriften zu Beiträgen herangezogen:

- a. bei Straßen, deren Breite 13 m oder weniger beträgt, fallen den Anliegern die ganzen Kosten zur Last, während, wenn die Straßenbreite mehr als 13 m beträgt, die Stadt die Mehrkosten zu tragen hat und zwar derartig, daß sich die von ihr zu übernehmenden Kosten zu den Gesamtkosten verhalten wie die um 13 m verminderte Straßenbreite zur gesammten Straßenbreite.
- b. Der Beitrag des einzelnen Grundstücks wird berechnet nach Verhältniß der Frontlänge des letzteren zur gesammten Frontlänge der beitragspflichtigen Grundstücke, welche an derjenigen Straßen-seite liegen, an welcher Gebäude errichtet werden sollen.

3. Soll eine Straße auf einer oder auf mehreren Theilstrecken beiderseitig, im Uebrigen aber nur auf einer Seite bebaut werden, so werden die durch Herstellung der ganzen

Straße erwachsenden Gesamtkosten zunächst auf die einzelnen — auf einer Seite und bezw. auf beiden Seiten zu bebauenden — Straßenstrecken nach Verhältniß der Längen der letzteren vertheilt und sodann unter Zugrundelegung dieser Theilkosten die Beiträge der einzelnen Grundstücke gesondert je nach den vorstehend unter 1 und 2 gegebenen Vorschriften ermittelt.

4. Die Beiträge der Eigenthümer von Grundstücken an Plätzen werden in gleicher Weise berechnet, wie die Beiträge der Eigenthümer von Grundstücken an nur einseitig mit Gebäuden zu bescheidenden Straßen (s. oben *Nr.* 2).

§. 7.

Project, Kostenanschlag und vorläufige Vertheilungsberechnung.

Das Project, der Kostenanschlag und die unter Zugrundelegung des letzteren in Gemäßheit der vorstehenden Bestimmungen aufzustellende vorläufige Vertheilungsberechnung sind vor Beginn der Bauarbeiten durch übereinstimmende Beschlüsse der städtischen Behörden festzustellen und im Rathhause öffentlich auszulegen.

Den Betheiligten steht das Recht zu, gegen den Plan binnen einer Ausschußfrist von vier Wochen Vorstellung bei den städtischen Behörden zu erheben. Diese Frist läuft von dem Tage ab, an welchem die auf die öffentliche Auslegung des Plans bezügliche Bekanntmachung durch die Braunschweigischen Anzeigen veröffentlicht ist.

Gegen den auf die Vorstellung erfolgenden Beschluß der städtischen Behörden ist die Verwaltungsklage gegeben.

§. 8.

Endgültige Feststellung und Fälligkeit der Anliegerbeiträge.

1. Nach beendeter Bauausführung ist die Berechnung und Vertheilung der thatsächlich erwachsenen Kosten durch Beschluß des Stadt-Magistrats festzustellen und im Rathhause zur Einsicht öffentlich auszulegen.

Gegen den Beschluß des Stadt-Magistrats steht den Betheiligten eine Vorstellung an die städtischen Behörden insoweit

zu, als sie sich auf Ansprüche und Einwendungen gründet, deren Erledigung in dem im §. 7 erwähnten Verfahren nicht möglich war, und auch dann nur binnen einer Ausschlussfrist von vier Wochen, welche von dem Tage ab läuft, an welchem die auf die öffentliche Auslegung der endgültigen Vertheilungsberechnung bezügliche Bekanntmachung durch die Braunschweigischen Anzeigen veröffentlicht ist.

2. Der Beitrag des einzelnen Grundstücks wird fällig mit dem Ablaufe der unter 1 erwähnten Frist, bezw., sofern Vorstellung erhoben wird, an dem Tage, an dem solche endgültig ihre Erledigung findet.

Ist aber die Fälligkeit des Beitrages von der Bebauung bezw. weiteren Bebauung eines Grundstücks abhängig, so gilt als Zeitpunkt der Fälligkeit des Beitrages der Beginn der betreffenden Bauarbeit.

In Fällen dieser Art kann das Stadtbauamt die Ertheilung der Baugenehmigung von Einzahlung des Beitrages abhängig machen. Erfolgt jedoch die Bebauung eines Grundstücks zu einer Zeit, in der erst mit Herstellung der angrenzenden Ortsstraße bezw. des angrenzenden Ortsplatzes begonnen, oder in der zwar die Herstellung beendet, der Beitrag aber noch nicht endgültig festgestellt ist, so kann die Ertheilung der Baugenehmigung von Hinterlegung einer seitens des Stadt-Magistrats als genügend erachteten Sicherheit abhängig gemacht werden.

Die zwangsweise Einziehung des Beitrages kann erst dann erfolgen, wenn die den Pflichtigen zugestellte Zahlungsaufgabe nicht befolgt ist.

§. 9.

Unterhaltung der Ortsstraßen und Ortsplätze.

Die Kosten der Reinigung und Unterhaltung der Ortsstraßen und Ortsplätze fallen der Stadt zur Last.

Es kann jedoch, wenn der Betrieb eines Unternehmens eine außergewöhnliche Abnutzung der Ortsstraßen oder Ortsplätze — überhaupt oder einzelner — zur Folge hat, der Unternehmer entsprechend dem Maße der erhöhten Abnutzung zu Beiträgen herangezogen werden.

Die Feststellung der beitragspflichtigen Unternehmen und der Höhe der zu leistenden Beiträge erfolgt durch übereinstimmenden Beschluß der städtischen Behörden.

Gegen solchen Beschluß steht den Betheiligten das Recht der Vorstellung bei den städtischen Behörden binnen einer Ausschußfrist von vier Wochen zu, deren Lauf mit Zustellung der bezüglichen Zahlungsaufgabe beginnt.

Gegen den auf die Vorstellung erfolgenden Beschluß der städtischen Behörden ist die Verwaltungsklage gegeben.

Daneben bleibt in Ansehung der stärkeren Abnutzung der sonstigen, außerhalb der Umfluthgräben belegenen Straßen und Wege, welche nicht zu den Ortsstraßen gehören, der §. 9 des Statuts vom 20. November 1851, die Herstellung und Unterhaltung der vor den Thoren und innerhalb der Feldmarken der Stadt Braunschweig belegenen Wege betreffend, mit folgender Abänderung in Kraft:

- a. der Beitrag, welcher auf Grund dieses letztgedachten Statuts wegen stärkerer Abnutzung städtischer Wege — im Gegensatz zu Wegen der Feldmarksgemeinden — erhoben wird, soll ohne Rücksicht auf die Art der Wege einheitlich mit den im Abs. 2 und 3 dieses §. erwähnten Beiträgen festgestellt werden;
- b. bei der Feststellung und Erhebung der nach §. 9 des Statuts vom 20. November 1851 zu Gunsten der Feldmarksgemeinden auszuscheidenden Beiträge soll das oben im Abs. 3 und 4 vorgeschriebene Verfahren mit der Maßgabe Platz greifen, daß vor Abgabe der Entscheidung über eine etwaige Vorstellung zunächst der Vorstand der betreffenden Feldmarksgemeinde zu hören ist.

§. 10.

Kosten der besseren Befestigung der Fußwege.

1. Werden auf Beschluß der städtischen Behörden die Fußwege einer Ortsstraße oder die Fußwege an den Außenseiten eines Ortsplatzes durch Belegung mit Platten, Mosaik, Asphalt oder dergl. befestigt, deren Befestigung mittels eines solchen Belages nicht schon bei Herstellung der betreffenden Ortsstraßen und Ortsplätze zur Ausführung gebracht ist, so

fallen die hierdurch erwachsenden Kosten den Eigenthümern der angrenzenden Grundstücke nach Maßgabe der unter 2 gegebenen Vorschriften zur Last.

Dasselbe gilt, wenn die Fußwege sonstiger im Gebiete des Baugrundes und des Ortsbauplanes liegender Straßen, Wege und Plätze in angegebener Weise befestigt werden mit Ausnahme der Fußwege

- a. derjenigen Straßen und Plätze, welche zum Gebiete des ehemaligen allgemeinen Pflasterfonds gehören; in Ansehung dieser Straßen und Plätze behält es bei den Vorschriften des Statuts, die Straßenpflasterungen in der Stadt Braunschweig betr., vom 25. Juni 1860 und bezw. des Statuts vom 24. October 1898 sein Bewenden;
- b. der außerhalb der Umfluthgräben belegenen Inter-
essenten-, Feld- und Wannenwege.

2. Die Herstellung eines Fußwegbelages der vorstehend erwähnten Art erfolgt nach Maßgabe eines der Genehmigung der städtischen Behörden unterliegenden Projectes und bezw. zugehörigen Kostenanschlages. In Ansehung der öffentlichen Auslegung des Projectes, des Kostenanschlages, der vorläufigen und endgültigen Vertheilungsberechnung sowie der Heranziehung der Anlieger zu Beiträgen finden die Vorschriften des §. 4 *Nr.* 5 und der §§. 5—8 mit der Maßgabe sinngemäße Anwendung, daß

- a. zu den Kosten der Befestigung eines Fußweges auf einem freien Platze die Anlieger nicht herangezogen werden können, wenn zwischen dem Platze und ihren Grundstücken eine Ortsstraße liegt;
- b. im Falle der Herrichtung eines Fußwegbelages auf nur einer Straßenseite die beitragspflichtigen Grundstücke, welche an diese Straßenseite grenzen, die Kosten allein zu tragen haben;
- c. der Beitrag unbebauter Grundstücke zu derselben Zeit fällig wird, zu welcher derselbe für die bebauten Grundstücke zu entrichten ist;
- d. der Stadt die Mehrkosten zur Last fallen, welche dadurch erwachsen, daß der Plattenbelag in einer größeren Breite als 2 m hergestellt wird.

§. 11.

Erlaß oder Ermäßigung von Straßenbau-Beiträgen.

Von den Straßenbau-Beiträgen, welche nach den vorstehenden Bestimmungen den Eigenthümern angrenzender Grundstücke zur Last fallen, kann im einzelnen Falle, wenn der in Frage stehende Straßenbau vorwiegend im allgemeinen städtischen Interesse liegt, Seitens der städtischen Behörden ein von deren Ermessen abhängender Theil zu Lasten der Stadt erlassen werden. Gleiches kann geschehen, wenn den Eigenthümern angrenzender Grundstücke, und zwar der Gesamtheit oder auch einzelnen oder mehreren derselben, aus deren Straßenbau-Beiträgen eine unverhältnißmäßige Last erwachsen würde.

§. 12.

Die §§. 4, 5 und 12 des Ortsbaustatuts für die Stadt Braunschweig vom 27. December 1883 und das Statut *Nr.* 38a vom 27. Februar 1893, betr. die Abänderung des Ortsbaustatuts für die Stadt Braunschweig werden aufgehoben, das Statut *Nr.* 38a jedoch mit der Einschränkung, daß nach den Vorschriften des §. 11 Abs. 3 und 4 desselben sich auch künftig das Verfahren wegen theilweiser Rückzahlung solcher Anliegerbeiträge regelt, die zur Zeit des Inkrafttretens des gegenwärtigen Statuts bereits in anschlagsmäßiger Höhe erhoben waren.

Diejenigen Ansprüche der Stadtgemeinde auf Entrichtung von Anlieger-Beiträgen, welche in Gemäßheit der bisher in Geltung gewesenen Vorschriften z. Zt. des Erlasses dieses Statuts bereits erwachsen sind, bleiben bestehen.

Unberührt bleiben die auf Privatrechtstiteln beruhenden Verpflichtungen Dritter, insbesondere auch des Staates bezüglich der Herstellung von öffentlichen Wegen und Plätzen mit ihren Nebenanlagen, ingleichen die bezüglich der Wallpromenaden zwischen dem Staate und der Stadt Braunschweig bestehenden Rechtsverhältnisse.

Das vorstehende Statut wird, nachdem dasselbe mittels Rescripts Herzoglichen Staats-Ministeriums vom 12. Juni 1900 genehmigt worden, damit veröffentlicht.

Braunschweig, den 12. Juli 1900.

Der Stadt-Magistrat.

W. Pockels.

Wilh. Götte. Aug. Haake. H. Retemeyer.

Heymann. Meyer. Ramdohr.

Technis

Br